

## V2 Frauenfinanzen – Equal Cash

Gremium: BAG Frauenpolitik  
Beschlussdatum: 17.03.2026  
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedenes

### Antragstext

1 Eigentlich sind alle Gesetze von Gesetzes wegen geschlechterneutral formuliert.  
2 Jeder\*m von uns werden aber sicherlich sofort Beispiele einfallen, bei denen  
3 sich die Gesetzeslage nicht gleichermaßen auf alle Geschlechter auswirkt. Oft  
4 ziehen Frauen finanziell den Kürzeren.

5 Frauen sind auch heute noch in Deutschland an vielen Stellen strukturell  
6 finanziell benachteiligt, was zum Gender Pay Gap und zum noch viel  
7 dramatischeren Gender-Lifespan-Gap führt. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht,  
8 diese Stellschrauben zu identifizieren und die Weichenstellung so zu ändern,  
9 dass alle Menschen in diesem Land füreinander und für andere Care-Verantwortung  
10 übernehmen können, ohne dass sie davon am Ende finanzielle Nachteile haben.  
11 Dieses Papier ist dazu ein erster – aber gleichwohl schon sehr umfassender –  
12 Aufschlag. Die hier genannten Stellschrauben können direkt so umgesetzt werden,  
13 sofern der politische Wille dazu besteht. Weitere solcher Stellschrauben zu  
14 identifizieren und gerechte Alternativen zu entwickeln und in die Gesetze  
15 einzuarbeiten, bleibt nicht nur unsere Aufgabe, sondern sollte auch bei jedem  
16 neuen Gesetz und bei jeder Gesetzesnovellierung durch eine kompetente externe  
17 Stelle, namentlich die Bundesstiftung Gleichstellung, sichergestellt werden.  
18 Damit wir dem Auftrag aus Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes konsequent und  
19 systematisch immer besser nachkommen: „Der Staat fördert die tatsächliche  
20 Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die  
21 Beseitigung bestehender Nachteile hin“.

22 Wir fordern deshalb, Gesetze so zu formulieren oder zu ändern, dass sie keine  
23 stereotypischen, veralteten Rollenbilder bedienen, oder sogar verstärken,  
24 sondern allen Bürger\*innen gleichermaßen gerecht werden.

#### 25 FORDERUNGEN/POSITIONEN

##### 26 Steuerklassen & Ehegattensplitting

27 Dass das Ehegattensplitting ein traditionelles Rollenbild zementiert, stellt  
28 schon lange niemand mehr in Frage. Wir wollen das Ehegattensplitting deshalb  
29 nicht nur abschaffen, sondern auch ein anderes Modell vorschlagen.  
30 Da Menschen in Bestandsehen oft schon ihr Leben danach ausgerichtet haben, ein  
31 Ehegattensplitting zu nutzen, wollen wir diese Paare nicht in Schwierigkeiten  
32 bringen. Sie sollen einmalig die Wahl haben.

33 Wir stellen uns ein Familiensplitting vor, bei dem es darum geht, wie viele  
34 Menschen von dem oder den Einkommen zu versorgen sind. Das heißt: kein Splitting  
35 für Menschen, die niemanden ohne Möglichkeit auf eigenes Einkommen mitversorgen.  
36 Sind Kinder (oder zu Pflegende ohne ausreichendes eigenes Einkommen)  
37 mitzuversorgen, soll die Steuerlast um die Anzahl der mitzuversorgenden Personen  
38 gemindert werden. So hätten auch Paare, die mehrere Menschen mitversorgen mehr

39 steuerliche Entlastung als Paare mit einem Mitzuversorgenden. Wenn bei den  
40 Mitzuversorgenden die Pflegebedürftigkeit endet, oder eigenes Einkommen oder  
41 Vermögen zur Verfügung steht, oder bei Kindern das Recht auf Kindergeld  
42 entfällt, entfällt auch die Möglichkeit zum Splitting wieder.

43 Unser Vorschlag lautet also: Das gesamte Lohnsteuerklassensystem (1–6) wird  
44 durch ein Modell „Single“ und „Splitter“ ersetzt. Wobei „Single“ nicht den  
45 Familienstand meint. Auch Eheleute würden dann wieder beide auf dem Niveau eines  
46 Singles besteuert. Andersherum könnten auch nicht verheiratete Eltern splitten  
47 oder Personen, die Kinder zusammen erziehen (Modelle wie Co-Mothering).  
48 Nachweisen könnte man das beispielsweise dadurch, dass die Personen beide das  
49 Sorgerecht haben oder die gleiche Meldeadresse, oder – bei Pflege – die  
50 Anerkennung der Pflegeleistung durch die Pflegekasse. Beim Splitting möchten wir  
51 eine Obergrenze einziehen, die noch ermittelt werden müsste. Es geht darum, dass  
52 Topverdiener\*innen auch mit mehreren Mitzuversorgenden zusätzlich zu den  
53 Freibeträgen keine weiteren Steuererleichterungen brauchen. Die Lohnsteuerklasse  
54 6 braucht es in Zeiten nach der Lohnsteuerkarte in Papierform auch nicht mehr.

55 In die gleiche Richtung geht auch die Mitversicherung von Ehepartner\*innen in  
56 der gesetzlichen Krankenversicherung. Diese wollen wir analog zum  
57 Ehegattensplitting abschaffen. Bestehende Mitversicherungen sollen unverändert  
58 weiterlaufen können. Eine beitragsfreie eigene Versicherung für Menschen in  
59 Elternzeit oder Careverantwortung soll möglich sein.

60 Alleinerziehende

61 Mit einem Familiensplitting würde auch die Lohnsteuerklasse 2 automatisch  
62 wegfallen. Die alleinerziehende Person könnte nach dem gleichen Schlüssel  
63 splitten und hätte so auch einen größeren finanziellen Ausgleich, je mehr Kinder  
64 sie zu versorgen hat. Derzeit ist die Steuerersparnis von Stufe 1 auf 2 geringer  
65 als von 1 auf 5 und unabhängig von der Anzahl der Kinder.

66 Steuern

67 Allgemein bleibt beim Thema Steuern die Frage, warum es immer nur um die Steuern  
68 auf die Erwerbsarbeit geht. Effektivere Steuern auf Erbschaften, Aktiengewinne  
69 und Co. würden im Schnitt auch eher mehr von Männern bezahlt als von Frauen. Es  
70 ist ungerecht, wenn Vermögende anteilig weniger Steuern zahlen als Menschen ohne  
71 Vermögen. Dies ist auch ein feministisches Thema, weil immer noch Männer mehr  
72 Vermögen besitzen und erben als Frauen.

73 Steuerfreibeträge, die einer Person zustehen (aufgrund von eigener  
74 Schwerbehinderung oder beispielsweise durch die Kinderzahl oder durch Pflege von  
75 Angehörigen) und die aufgrund geringfügig bezahlter und/oder aufgrund von Care-  
76 Arbeit in Teilzeit ausgeübter Tätigkeit nicht ausgeschöpft werden können,  
77 sollten als Steuerrückerstattung ausgezahlt werden.

78 Güterstände

79 Derzeit gibt es drei gesetzliche Güterstände in Deutschland:

- 80 1. Zugewinngemeinschaft (gesetzlicher Regelfall)
- 81 2. Gütertrennung (muss durch einen Ehevertrag vereinbart werden)
- 82 3. Gütergemeinschaft (muss ebenfalls durch einen Ehevertrag geregelt werden)

83 Besonders wichtig ist uns, den Automatismus der Zugewinngemeinschaft  
84 abzuschaffen.

85 Es ist nicht einzusehen, warum Ehepaare, die ein anderes Modell wählen wollen,  
86 teure Notarkosten in Kauf nehmen müssen. Es wäre deshalb sinnvoll, die Frage  
87 schon bei der Bestellung des Aufgebots zu stellen und dann, wie beim  
88 Familiennamen, einzutragen. Dazu würde dann auch eine Beratung durch die  
89 Behörde, beispielsweise mit einem mehrsprachigen Flyer zu den verschiedenen  
90 Varianten und einer Stelle, an die man sich bei Rückfragen wenden kann, gehören.

91 Darüber hinaus möchten wir ausdrücklich das Modell der  
92 Errungenschaftsgemeinschaft zum Standard für den gesetzlichen Güterstand in der  
93 Ehe machen – also dass dieser automatisch gilt, wenn nichts anderes vereinbart  
94 wurde und auch als Standard kommuniziert wird, denn dieses bietet, anders als  
95 die Zugewinngemeinschaft, den Vorteil, dass während der Ehe das, was seit der  
96 Eheschließung gemeinsam errungen wurde, zu jeder Zeit beiden zusammen gehört –  
97 und nicht nur am Ende einer Ehe Bilanz gezogen wird. Dazu würden dann  
98 beispielsweise auch Rentenansprüche gehören, was i. d. R. ein großer Vorteil für  
99 Frauen wäre, selbst wenn die Ehe niemals geschieden wird.

100 Rentenpunkte, die während einer bestehenden Ehe oder eingetragenen Partnerschaft  
101 erworben werden, sollen sofort aufgeteilt werden, so dass beiden Paaren die  
102 gleiche Punktzahl gutgeschrieben wird. Dies beseitigt auch Ungerechtigkeiten  
103 nach dem Tod eines Partners. Aktuell ist es nämlich so, dass der verwitwete  
104 Partner nur einen Prozentsatz des Verstorbenen erhält. Das bedeutet, dass der  
105 geringer verdienende Ehepartner schlechter gestellt wird, wenn der  
106 Mehrverdienende zuerst stirbt, als es andersrum der Fall wäre. Das ist  
107 ungerecht!

108 Das soll auch für Rentenansprüche aus den anderen Säulen der Fall sein.

109 Bei der Riester-Rente müsste der errechnete Mindestbeitrag für Ehepaare bei  
110 denen eine\*r eine Huckepack-Riester-Rente hat für beide Partner zusammen  
111 ermittelt und dann durch zwei geteilt werden, so dass in beide Verträge gleich  
112 viel einbezahlt werden soll ohne den Anspruch auf Zulagen zu verlieren.

113 Sollte es zu einer Scheidung kommen, wird bei der Errungenschaftsgemeinschaft  
114 fair aufgeteilt, wie bei einer Zugewinngemeinschaft. Und anders als bei einer  
115 Gütergemeinschaft ist das voreheliche Vermögen ausgenommen. Eine Transparenz der  
116 finanziellen Verhältnisse des Ehepaares ist in der Errungenschaftsgemeinschaft  
117 jederzeit für beide gegeben. Im Falle der Scheidung kann die automatische  
118 Teilung der Rente auf Antrag überprüft und bei unbilliger Härte korrigiert oder  
119 auf Wunsch kann darauf auch verzichtet werden.

120 Wir wollen auch unverheirateten Paaren, die zusammen wirtschaften, ermöglichen,  
121 sich über das Standesamt zu moderaten Gebühren einen gemeinsamen Güterstand  
122 eintragen zu lassen. Auch hier sind teure Notarkosten nicht einzusehen.

123 Elternzeit

124 Die Frage: „Wer nimmt Elternzeit?“ wird meistens immer noch beantwortet mit:  
125 „Die Mutter“, also hauptsächlich, und der Vater nimmt bisher kaum mehr als die  
126 zwei „Vätermonate“, deren Bezahlung sonst verfallen würde. Diese Monate heißen  
127 eigentlich Partnermonate, aber „Vätermonate“ macht klar, wie sie  
128 gesellschaftlich gesehen werden. Oft werden diese Monate dann noch parallel zu

129 denen der Mutter genommen, und man fährt in Urlaub. Wir halten das für den  
130 falschen Ansatz und wollen den Paaren einen Bonus gewähren, die sich die  
131 Elternzeit einigermaßen paritätisch aufteilen und das höchstens in den ersten  
132 beiden Monaten des erweiterten Wochenbetts gleichzeitig. Wir wollen damit einen  
133 Anreiz schaffen, dass beide Elternteile erleben, dass sie allein für die Kinder  
134 sorgen können.

135 So ein Bonus könnte beispielsweise sein, dass das Elterngeld von 65 % des  
136 Nettoeinkommens auf 100 % bei paritätischer Aufteilung hochgesetzt wird (bei  
137 Alleinerziehenden dann automatisch). Andere Länder wie Norwegen oder Estland tun  
138 das längst bzw. zahlen es grundsätzlich 100 % aus, und hier nehmen auch sehr  
139 viel mehr Väter mehr Monate.

140 Bei Alleinerziehenden oder Müttern, die sich noch in der Schule, der Ausbildung  
141 oder dem Studium befinden, sollte es die Möglichkeit geben, dass eine andere  
142 erwachsene Bezugsperson Elternzeit (oder einen Teil davon) nimmt.

143 Derzeit gilt beim Elterngeld immer noch der Deckel von 1.800 €, der 2007  
144 eingeführt wurde. Auch dieser muss deutlich gehoben werden, um gutverdienenden  
145 Vätern das Argument zu nehmen, dass die Familie sich die Elternzeit der Mutter  
146 nicht leisten kann. Inflationsbereinigt wären das dann um die 2.400 € als Deckel  
147 und mindestens 400 € als Sockel.

148 Um die Betreuung mehrerer kleiner Kinder besser regeln zu können, ist es  
149 sinnvoll, bei der Geburt eines weiteren Kindes zusätzlich zu den Monaten am  
150 Anfang weitere Geschwistermonate gleichzeitig nehmen zu können, um den Start in  
151 die wachsende Familie zu erleichtern.

152 Insgesamt sollten die betreuenden Personen bei paritätischer Betreuung bis zu 16  
153 Monate Elternzeit nehmen können, um auch die Eingewöhnung in die Krippe und  
154 gleichzeitige Elternzeit während des erweiterten Wochenbetts mit abdecken zu  
155 können. Falls es Geschwisterkinder unter 3 Jahren gibt, die noch keine Betreuung  
156 besuchen, sollten zusätzliche 4 Monate möglich sein, die auch parallel genommen  
157 werden können.

158 Im Übrigen brauchen auch Väter einen wirksamen Kündigungsschutz, der schon ab  
159 der Schwangerschaft gelten sollte. Ansonsten droht Vätern die Kündigung in der  
160 Babyzeit, falls sie ankündigen, Elternzeit nehmen zu wollen. Dieses dürfen sie  
161 aber noch nicht sofort nach der Geburt tun, wenn sie die letzten Monate nehmen  
162 wollen.

163 Frauen und Schwangerschaft in der Wissenschaft bzw. während einer Promotion

164 Viel zu viele Frauen brechen ihre Promotionen oder ihre Karrieren in der  
165 Wissenschaft wegen Vereinbarkeitsproblemen ab. Damit geht der Wissenschaft ein  
166 immenses Potenzial verloren. Dies wollen wir ändern. Dafür sind einige erste  
167 Schritte folgende: Bei der Berechnung des Elterngeldes sollen  
168 Doktorandenstipendien und ähnliche einkommenssteuerfreien Einkommen wie ein  
169 Nettolohn angerechnet werden und die Promotion während der Zeit des  
170 Elterngeldbezuges unterbrochen werden können. Auch soll bei Krankheit während  
171 eines Stipendienbezuges Krankengeld gezahlt werden und dies soll ebenso berechnet  
172 werden, als ob das Stipendium der Nettolohn wäre, und die Zeit hinten an die  
173 Promotion drangehängt werden. Wenn schwangere Frauen ein Forschungsstipendium  
174 oder Doktorandenstipendium beziehen oder befristete Verträge in der Wissenschaft  
175 haben, die vor der Geburt auslaufen, soll die Zeit zwischen Vertragsende und  
176 Geburt bei der Berechnung des Elterngeldes nicht berücksichtigt werden.

---

## 177 Selbstständige Mütter

178 Auch für selbstständige Mütter muss es einen bezahlten Mutterschutz geben.

## 179 Unterhalt

180 Die meisten Alleinerziehenden sind Frauen – und entsprechend sind die meisten  
181 Unterhaltsverpflichteten Männer. Leider ist es zum Unterhalt für die Kinder für  
182 die Mutter oft ein langer und mühsamer Weg. Ein Unterhaltsvorschuss muss deshalb  
183 schneller und unbürokratischer ausgezahlt werden, und Antragstellende brauchen  
184 ausreichend rechtliche Unterstützung. Für Kinder mit einem festgestellten  
185 Mehrbedarf an elterlicher Unterstützung, beispielsweise aufgrund einer  
186 Behinderung, sollte ein erhöhter Mindestunterhalt festgelegt werden.

187 Derzeit holt sich der Staat den Unterhaltsvorschuss nur in knapp 20 % der Fälle  
188 von den eigentlich zum Unterhalt Verpflichteten zurück. Hier entsteht eine große  
189 Gerechtigkeitslücke. Die Unterhaltsverpflichteten müssen konsequenter zu  
190 Zahlungen herangezogen werden, auf denen sonst die Solidargemeinschaft sitzen  
191 bleibt. Zusätzlich wollen wir die Verjährungsfrist von 3 Jahren streichen. Auch  
192 durch sie gehen uns als Gesellschaft jährlich Milliarden verloren.

193 Auch, dass volljährige Kinder den Unterhalt gerichtlich beim Vater einfordern  
194 müssen, wenn dieser nicht freiwillig zahlt, ist eine Zumutung für die Kinder.  
195 Hier braucht es ein anderes Verfahren, was nicht dazu führt, dass die Kinder  
196 gegen ein Elternteil klagen müssen, und dass sie trotzdem bekommen, was ihnen  
197 zusteht. Außerdem belastet dies das Verhältnis von Vater und Kind. Kinder müssen  
198 nur einmal nachweisen, dass sie den Vater nicht belangen können, weil sein  
199 Aufenthaltsort unbekannt ist.

200 Meistens strecken dann die Mütter (wenn sie es finanziell können) den Unterhalt  
201 selbst vor und bleiben allzu oft auf den Unterhaltskosten sitzen. Wir erwarten  
202 auch hier ein härteres Durchgreifen vom Staat.

## 203 Witwen- und (Halb)waisenrente

204 Ähnliche Probleme wie beim Unterhalt können auch dann auftreten, wenn ein  
205 Elternteil stirbt. Eine Halbwaisenrente und besonders eine Waisenrente müssen  
206 automatisch und sehr zeitnah vom Staat gezahlt werden.

207 Darüber hinaus wollen wir die Anrechnung von Arbeitseinkommen bei Witwenrenten  
208 komplett abschaffen. Aufstockungen von Waisenrenten auf den Mindestunterhalt  
209 sollen zukünftig automatisch erfolgen und nicht jährlich neu beantragt werden  
210 müssen.

## 211 Kinderbetreuung

212 Das Recht auf einen KiTa-Platz und der ab 2028 geplante Rechtsanspruch auf  
213 kostenlosen Ganztags an Grundschulen sind wichtige Fortschritte. Jedoch ist auch  
214 hier noch viel Luft nach oben, und wenn das mit der Betreuung nicht  
215 funktioniert, bleiben in der Regel die Mütter zu Hause, stecken beruflich  
216 zurück, und die Väter werden in die Ernährerrolle gedrängt.

217 So muss zum Beispiel, analog zum Ganztags an Grundschulen, auch in der KiTa und  
218 in der Krippe bundesweit die Betreuung und Bildung der Kinder für mindestens 9  
219 Stunden (damit es auch Alleinerziehenden ermöglicht wird, Vollzeit zu arbeiten  
220 und, denn mit Hol- und Bringzeiten reichen 8 Stunden oft nicht) täglich  
221 kostenfrei für die Eltern sein, inklusive einer gesunden, kostenfreien  
222 Verpflegung mit warmem Mittagessen, qualitativ hochwertiger Betreuung mit einem

223 guten Betreuungsschlüssel, Sport und viel Zeit an der frischen Luft. Auch  
224 Tagespflegepersonen sollen so finanziert werden können und brauchen eine  
225 verlässliche Absicherung durch die Jugendämter.  
226 Außerdem ist eine Flexibilisierung von KiTa-Zeiten notwendig, gerade für Eltern,  
227 die im „Blaulichtbereich“ arbeiten, in Krankenhäusern oder in anderen Branchen,  
228 in denen sich die Arbeitszeiten nicht den klassischen KiTa-Zeiten anpassen  
229 lassen. Dies würde dazu beitragen, dass Fachkräfte auch als Eltern im Beruf  
230 bleiben können und den Familien eine weitere Betreuungsform zur Überbrückung  
231 ersparen.  
232 Grundsätzlich ist eine kostenlose Kinderbetreuung ab der Krippe anzustreben.  
233 Das Problem der langen Schließzeiten der Schulen mit 12 Wochen Ferien pro Jahr  
234 wird sich mit der Einführung des Ganztages an Grundschulen mit Ferienbetreuung  
235 und dann nur noch vier Wochen erlaubter Schließzeit endlich lösen.  
236 Im niedersächsischen Hannover gibt es mit dem städtischen „Fluxx“  
237 Notfallbetreuung – auch im eigenen Haus – durch ehrenamtlich tätige pädagogische  
238 Personen im Ruhestand (gegen Aufwandsentschädigung) für Fälle, in denen Care-  
239 Arbeit und Beruf kollidieren. Dieses Erfolgsmodell könnte in ähnlicher Form  
240 bundesweit ausgerollt werden.

241 Ein gesundes, warmes Mittagessen sollte in jeder KiTa und Ganztagschule  
242 kostenfrei für alle Kinder gestellt werden, auch für Kinder mit  
243 Nahrungsmittelunverträglichkeiten, Allergien, Zöliakie oder anderen  
244 Autoimmunerkrankungen.

245 Zusätzliche Kinderbetreuungskosten sollten sowohl für KiTa, Tagespflege oder  
246 private Betreuung besser von der Steuer absetzbar sein. Die Absetzbarkeit von  
247 Kinderbetreuungskosten sollte breit in der Mitte gelten und genutzt werden  
248 können, damit sich zum Beispiel das Aufstocken von Stunden auch netto wirklich  
249 lohnt – selbst in der aktuellen Steuerklasse 5. Daher wollen wir  
250 Kinderbetreuungskosten bis zu 9.800 € im Jahr von der Steuer erstattet bekommen  
251 können.

#### 252 Kinderkrankentage

253 Für Kinderkrankentage muss es eine volle Entlohnung geben. Wir fordern, diese  
254 analog zur U1-Erstattung bei eigener Krankheit zu zahlen. Auch hier können  
255 Anreize geschaffen werden, wenn Kinderkrankentage von den Eltern paritätisch  
256 genommen werden. Ähnlich wie beim Elterngeld könnte man den alten Satz  
257 beibehalten und die 100 % nur an Eltern auszahlen, die übers Jahr gesehen  
258 einigermaßen paritätisch kranke Kinder betreuen oder alleinerziehend sind. Die  
259 Inanspruchnahme von Kinderkrankentagen sollte deutlich entbürokratisiert werden.  
260 Vielfach nehmen Eltern Urlaubstage, weil es so umständlich ist, das  
261 Kinderkrankengeld zu erhalten. Darüber hinaus soll es möglich sein, dass das  
262 erwerbsarbeitende Elternteil Krankheitstage (oder anteilige Krankheitszeiten)  
263 nehmen kann, wenn das andere Elternteil erkrankt, dass zu Hause ist, und dadurch  
264 die Gewährung eines Kindes nicht oder nicht vollständig (also außerhalb der  
265 Betreuungszeiten) gewährleisten kann.

#### 266 Pflege

267 Ein Großteil der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland wird zu Hause von  
268 Angehörigen gepflegt, meistens von Frauen. Für Pflegezeiten sollte eine Regelung  
269 für Lohnersatz und Kündigungsschutzzeiten ähnlich dem Elterngeld / Elterngeld in  
270 Teilzeit erarbeitet werden.

## 271 Tariferfahrungsstufen

272 In vielen Tarifverträgen ist vorgesehen, dass die Erfahrungsstufe (die dann mit  
273 einer besseren Bezahlung einhergeht) nach einer Auszeit vom Job zurückgesetzt  
274 wird. Das ist bei langen beruflichen Pausen vielleicht sinnvoll, aber es muss  
275 gesetzlich Ausnahmen geben, wenn jemand wegen Schwangerschaft, Elternzeit oder  
276 Pflege von Angehörigen über längere Zeiträume ausfällt. Ansonsten werden es  
277 immer wieder die Frauen und Mütter sein, die es nicht schaffen, sich in der  
278 Erfahrungsstufe in gleichem Maße wie die Männer hochzuarbeiten. Der Verlust der  
279 Erfahrungsstufe und das Zurücksetzen in Stufe 1 bedeutet für die  
280 Arbeitnehmer\*innen nicht nur akut einen Verdienstaustausch, sondern dieser setzt  
281 sich bis ins Rentenalter fort und schlägt sich in der Höhe der Rente nieder.

## 282 Entgelttransparenzgesetz

283 Wir fordern eine Entgelttransparenz auch für kleine Unternehmen. Und  
284 grundsätzlich muss, nach luxemburgischem Modell die Beweislast umgekehrt werden.  
285 Arbeitgeber\*innen müssen nachweisen, dass es für gleich Arbeit gleiche Bezahlung  
286 gibt. Zuwiderhandlungen müssen nicht nur hingegenommen, sondern auch sanktioniert  
287 werden. Dazu kann sicherlich auch die neue EU-Entgelttransparenzrichtlinie ihren  
288 Beitrag leisten.

## 289 Finanzielle Bildung

290 Finanzielle Bildung tut sicherlich allen gut. Wir fordern deshalb, spätestens in  
291 Klasse 9 allen Schüler\*innen einen fundierten Einblick zu geben in die oben  
292 beschriebenen Themen und zusätzlich in die Themen der Vermögensbildung, die  
293 eigene finanzielle Absicherung bis ins Rentenalter, die Gefahren von Multilevel-  
294 Marketing, die Gründe für den Gender-Pay-Gap und ähnliche Themen. Im Übrigen  
295 sollten wir uns Gedanken machen, ob wir als Wertmarke immer mit dem Gender-Pay-  
296 Gap arbeiten wollen oder lieber mit dem wesentlich höheren, schockierenderen und  
297 realistischeren Gender-Lifespan-Gap, der das gesamte Einkommen über das gesamte  
298 Leben betrachtet, inklusive der kleineren Renten, die durch weniger Einkommen  
299 jetzt entstehen.

## 300 Zeitpolitik

301 Hier geht es um sehr viel mehr als um Arbeitszeiten, aber eben auch um  
302 Arbeitszeiten. Die meisten Menschen im Erwerbsleben wünschen sich eine  
303 Arbeitszeit von 30–35 Stunden pro Woche. Dies würde es ihnen ermöglichen, mehr  
304 Zeit für Care-Arbeit, Freizeit oder Ehrenamt zu haben und somit grundlegend zu  
305 einer entstressteren Gesellschaft beitragen.

## 306 Altersarmut

307 Altersarmut ist keine Randerscheinung mehr und betrifft besonders Frauen. 70 %  
308 der Bezieher\*innen der Grundrente sind Frauen. Der Gender Pension Gap liegt in  
309 Deutschland bei 46 % – und ist damit deutlich höher als im OECD-Durchschnitt.  
310 Altersarmut ist also auch ein massives Gerechtigkeitsproblem zwischen den  
311 Geschlechtern.

312 Ursachen sind politisch gemacht:

- 313 • Fehlende Betreuungs- und Pflegestrukturen zwingen vor allem Frauen zu  
314 Erwerbsunterbrechungen.
- 315 • Teilzeitarbeit und prekäre Beschäftigung sind immer noch überwiegend  
316 weiblich – und führen direkt zu niedrigeren Einkommen und  
317 Rentenansprüchen.
- 318 • Ehegattensplitting und andere steuerliche Fehlanreize verfestigen  
319 Abhängigkeiten, statt eigenständige Existenzsicherung zu fördern.
- 320 • Care-Arbeit wird nach wie vor unzureichend anerkannt und nicht ausreichend  
321 in der Alterssicherung berücksichtigt.

322 Das Ergebnis: Millionen Menschen haben trotz lebenslanger Arbeit keine sichere  
323 Rente.

324 Wir fordern deshalb:

- 325 • Eine armutsfeste Grundrente nach dem Vorbild der Niederlande – als  
326 verlässliche Basis für alle.
- 327 • Ausbau guter Kinderbetreuung und Pflegeangebote – damit Care-Arbeit nicht  
328 länger Karriere- und Einkommensfalle bleibt.
- 329 • Volle Anerkennung von Sorgearbeit in der Rente, inklusive Eltern- und  
330 Pflegezeiten.
- 331 • Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit – auch und gerade in den  
332 frauendominierten Branchen.
- 333 • Abschaffung des Ehegattensplittings und Einführung echter individueller  
334 Besteuerung.
- 335 • Stärkung der Altersvorsorge jenseits der Grundsicherung.
- 336 • Geschlechtersensible Arbeitsmarktpolitik mit individueller Weiterbildung,  
337 guter Beratung und gezielter Förderung für den Zugang zu sicheren Jobs und  
338 Führungspositionen.

339 Altersarmut ist kein Naturgesetz – sie ist das Ergebnis falscher Politik. Wir  
340 haben es in der Hand, sie zu überwinden. Wer ein Leben lang gearbeitet, gepflegt  
341 und gesorgt hat, darf im Alter nicht in Armut fallen.

342 Grundsatz

343 Damit solche Ungleichheiten nicht wieder entstehen sind alle Gesetze bei einer  
344 turnusmäßigen Novellierung durch eine externe Stelle, namentlich die  
345 Bundesstiftung Gleichstellung auf Genderaspekte zu prüfen und ggf. entsprechend  
346 abzuändern werden. Auch bei der Erarbeitung soll eine Überprüfung der  
347 Genderaspekte durch die Stiftung Gleichstellung verpflichtend sein – und sofern  
348 durch die Stiftung Aspekte identifiziert werden, die der Gleichstellung der  
349 Geschlechter entgegenstehen, müssen diese vor Einbringung der Gesetze

350 geschlechtergerecht geändert werden. Die Stiftung Gleichstellung kann hierfür  
351 alternative Lösungswege vorschlagen.

## 352 RESÜMEE

353 Wir haben in der BAG eine umfassende feministische Analyse der aktuellen Finanz-  
354 und Sozialpolitik entwickelt und konkrete Forderungen zur strukturellen  
355 Gleichstellung von Frauen erarbeitet. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass  
356 bestehende Gesetze oft geschlechterneutral formuliert, in der Praxis jedoch  
357 nicht geschlechtergerecht wirken.

358 Frauen sind an vielen Stellen noch immer strukturell finanziell benachteiligt –  
359 sei es im Steuerrecht, im Unterhaltssystem oder bei der Kinderbetreuung.  
360 Ein zentrales Thema ist die Reform des Steuerklassensystems. Statt einer  
361 steuerlichen Bevorzugung von (klassisch aufgeteilten) Ehepaaren wird ein  
362 Familiensplitting vorgeschlagen, das die tatsächliche Versorgungsverantwortung  
363 für Kinder oder Pflegebedürftige berücksichtigt – unabhängig von Familienstand  
364 oder Geschlecht. Auch Alleinerziehende sollen dadurch stärker entlastet werden.  
365 Im Bereich Güterrecht wird Wahlfreiheit mehrerer Optionen und die Einführung  
366 eines neuen, faireren Modells – der Errungenschaftsgemeinschaft – als Standard  
367 empfohlen, das während der Ehe erarbeitetes Vermögen beiden Partner\*innen  
368 anteilig zuordnet. Auch nicht verheiratete Paare sollen die Möglichkeit  
369 erhalten, ihren Güterstand offiziell zu regeln – ohne hohe Notarkosten.

370 Die Elternzeit soll gerechter zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden,  
371 unter anderem durch finanzielle Anreize wie 100 % Elterngeld bei nahezu  
372 paritätischer Aufteilung. Auch Selbstständige sollen in den Mutterschutz  
373 einbezogen werden. Kinderbetreuung muss ab der Krippe bundesweit kostenfrei,  
374 flächendeckend und flexibel zugänglich sein um allen Eltern, die dies wünschen,  
375 die Vollzeitberufstätigkeit zu ermöglichen, inklusive Mittagessen und  
376 Sonderkostformen, qualitativ hochwertiger Betreuung mit Hausaufgabenhilfe, Sport  
377 und viel Bewegung an der frischen Luft. Für Eltern mit unregelmäßigen  
378 Arbeitszeiten muss es institutionelle Möglichkeiten der Kinderbetreuung geben,  
379 die darauf ausgelegt sind, auch diesen Eltern – die beispielsweise im  
380 systemrelevanten Blaulichtbereich arbeiten – die Vereinbarkeit von  
381 Vollzeittätigkeit und Elternschaft ermöglicht wird.

382 Weitere Forderungen betreffen einen vereinfachten Zugang zum  
383 Unterhaltsvorschuss, automatische und gerechte Regelungen bei Waisen- und  
384 Witwenrenten, Verbesserungen bei Inanspruchnahme von Kinderkrankentagen, die  
385 gesetzliche Sicherung von Erfahrungsstufen nach Elternzeit, Verbesserungen die  
386 die Vereinbarkeit für Frauen in der Wissenschaft betreffen, sowie eine  
387 verstärkte finanzielle Bildung in Schulen.

388 Nicht zuletzt wird eine breitere Diskussion über Zeitpolitik gefordert:  
389 Arbeitszeitverkürzung auf 30–35 Stunden pro Woche soll mehr Raum für Care-  
390 Arbeit, Ehrenamt und Erholung schaffen – ein wesentlicher Schritt hin zu einer  
391 geschlechtergerechten Gesellschaft.

392 Besonders wichtig ist, dass alle neuen Gesetze und alle Gesetzesnovellierung auf  
393 Gender-Aspekte geprüft werden sollen – durch die Bundesstiftung Gleichstellung –  
394 um sicherzustellen, dass wir nicht neue Ungerechtigkeiten schaffen oder  
395 perpetuieren.

396 Für ein Land, in dem jede\*r ihr volles Potenzial entfalten kann und die für  
397 unsere Gesellschaft essenzielle Care-Arbeit angemessen gewürdigt und entlohnt

398 wird und niemandem dadurch Nachteile entstehen, dass sie oder er sich um andere  
399 kümmert.